

Stadtpunkte 5|22



MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2022 IN ESSEN

Eröffnung

Begrüßungsrede des Essener
Oberbürgermeisters

Rede des scheidenden
Vorsitzenden

Wahl der neuen Städtetagsspitze
und des Vorstands

Pressekonferenz mit Erwartungen
an das Land

Rede des Geschäftsführers

Vormittag/Foren

Nachmittag/Gesprächsrunde

Exkursionen und
Willkommensabend der Stadt Essen



Mitgliederversammlung 2022 des Städtetages Nordrhein-Westfalen in Essen

Von Uwe Schippmann

„Lebenswertes Zuhause – die Städte in NRW“ – so lautete das Motto. Und endlich, nach 2018 zum ersten Mal wieder in Präsenz, trafen sich gut 600 Delegierte und Gäste zur Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen in Essen. Die Stadt im Ruhrgebiet war ein großartiger Gastgeber und auch das neue Format, erstmals an zwei Tagen kam gut an. In vier Foren tauschten sich die Teilnehmenden über die Themen Kommunalfinzen, zukunftsfeste Schulen, Klimaschutz- und Klimaanpassungen und sozialer Zusammenhalt aus. Sie konnten die Gastgeberstadt Essen auf Exkursionen erleben und bekamen Anregungen und „Best-Practice-Beispiele“ präsentiert. Ein wesentliches Element der Mitgliederversammlung war die Wahl des neuen Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden und der Vorstandsmitglieder.

Eröffnung der Mitgliederversammlung

Oberbürgermeister Pit Clausen aus Bielefeld wandte sich als scheidender Vorsitzender in seinen Eröffnungsworten an die Delegierten der Mitgliedsstädte und der außerordentlichen Mitglieder und an die Gäste. Er dankte Oberbürgermeister Thomas Kufen für die Einladung nach Essen, lobte das Engagement der Stadt bei den vielen Exkursionen und die sehr gelungene Abendveranstaltung.

Clausen erinnerte daran, dass Essen nach Plänen vor Corona bereits im Jahr 2020 die Mitgliederversammlung ausgerichtet hätte. Wegen der Pandemie gab es dann allerdings eine virtuelle Mitgliederversammlung aus einem TV-Studio.

Angesichts der aktuell von Krieg, Pandemie und weiteren Krisen bestimmten Zeit und mit Blick auf die Neukonstitution des Landtages

in Düsseldorf zeitgleich zur Mitgliederversammlung sagte er: „Wir treffen uns heute in einer besonderen Zeit. Wir stecken mitten in der Bildung einer neuen Landesregierung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die kommunale Stimme bei den Koalitionsverhandlungen im Land gehört wird.“

Begrüßung in Essen

Der Gastgeber der Mitgliederversammlung, Oberbürgermeister Thomas Kufen, zeigte sich bei seiner Begrüßungsrede hocherfreut über den von ihm oft von Teilnehmenden gehörten Satz: „Endlich kann man sich wieder treffen.“ Er betonte, das habe auch mit der Fähigkeit in den Kommunen zu tun, Krisen zu meistern.

In einem historischen Rückblick beschrieb er Essen, seine Heimatstadt, als bis heute vielfältig, leistungs- und wandlungsfähig: Zwar lange vor der Industrialisierung entstanden, sei Essen doch besonders stark von dieser geprägt worden, ebenso wie später auch von den Zerstörungen durch alliierte Bomber und vom Wiederaufbau nach dem Krieg, bald unter dem Leitbild einer autogerechten Stadt.

Was darauf folgte, so schildert es Kufen, war ein geglückter Strukturwandel weg von Kohle und Stahl und hin zur Dienstleistung, zur Kultur und zu weiteren Bereichen. „Im Jahr 2010 durfte Essen mit dem Ruhrgebiet Kulturhauptstadt sein“, sagte er und nicht ohne Stolz „2017 grüne Hauptstadt Europas“. Damit sei der Startpunkt für eine grüne Dekade in der Region gesetzt worden.

Arbeitgeber Nummer Eins in der Stadt Essen mit 600.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist laut Kufen heute der Gesundheitsbereich. Dort seien aktuell fast 50.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Zudem, so betonte er, haben drei der fünf großen Energiekonzerne in Deutschland ihren Firmensitz in Essen und machten die Stadt schon allein damit „zum Schrittmacher der Energiewende“.

Als weitere wichtige und große Herausforderung der kommenden Jahre benannte der



Oberbürgermeister Thomas Kufen begrüßt die Teilnehmenden und Gäste der Mitgliederversammlung in seiner Heimatstadt Essen.
(Foto: Moritz Leick/Stadt Essen)

„Leistungen des Staates werden in der Kommune erfahrbar.“

Thomas Kufen
Oberbürgermeister der Stadt Essen
Neuer Vorsitzender des Städtetages NRW

Oberbürgermeister zum Ende seiner Rede die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Stadt Essen sei heute ein „Brenn- glas aller Themen der Gesellschaft“. Damit das Miteinander weiterhin funktioniere, brauche es ein Gefühl der Verbundenheit der Menschen mit ihrer Stadt, ihrem Land, ihrem Staat. Und dafür wiederum brauche es gut ausgestattete Kommunen. Denn, so Kufen, „Leistungen des Staates werden in der Kommune erfahrbar.“

Titelfoto: Wahl zum Vorstand

Teilnehmende der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW beim Votum für die neuen Vorstandsmitglieder des Städtetages NRW
(Foto: Moritz Leick/Stadt Essen)



Teilnehmende und Gäste der Mitgliederversammlung applaudieren in der Philharmonie Essen (Moritz Leick/Stadt Essen)

Rede des scheidenden Vorsitzenden

Eine Rückschau auf die Corona-Pandemie und der Blick auf den Krieg in der Ukraine als Krisenereignisse während seiner Amtszeit waren der Ausgangspunkt für die Rede des scheidenden Vorsitzenden des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Pit Clausen aus Bielefeld. Er erinnerte an die Bilder von vollen Krankenhäusern, menschenleeren Straßen im Lockdown, geschlossenen Theatern und an Schulhöfe und Kitas ohne Kinder. „Kein öffentliches Leben, kein Miteinander mehr“, das habe die Städte besonders getroffen. Denn damit „fiel das weg, was uns ausmacht: Das pulsierende Leben“, so Clausen.

Doch die Städte hätten – wie immer – schnell auf die Herausforderungen und Probleme reagiert und „Corona-Schutzverordnungen umgesetzt, Impfzentren aufgebaut, erklärt, geregelt, getröstet.“ Die Städte seien da gewesen für die Menschen in den Städten, sie wüssten aber auch, „die

Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir müssen weitermachen.“

Sichtlich bewegt schilderte er, wie er den Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine im Februar aufnahm. Kaum jemand in Europa habe das zuvor für möglich gehalten, so Clausen. Auch angesichts dieser Krise sieht er die Städte und die Menschen in den Städten gefordert: „Wir können und wollen den Menschen Zuflucht geben. Wir schicken Hilfstransporte und wie stehen fest an der Seite unserer Partnerstädte. Und wir sagen laut und deutlich, dass wir diesen Angriffskrieg verurteilen.“

Mehr als 150.000 Menschen seien bislang als Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine nach NRW gekommen, so Clausen. Das seien nicht nur mehr gewesen als 2015. Die Menschen seien auch binnen sechs Wochen ins Land gekommen und nicht über einen Zeitraum von sechs Monaten, erinnerte der Oberbürgermeister. „Das Ankommen, Unterbringen,

Organisieren war ein Kraftakt“ Anfangs habe jeglicher Ordnungsrahmen gefehlt. „Die Städte wussten nicht, wann kommt wer wohin. Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, Finanzierungsregelungen – nichts davon sei anfangs für die Städte klar gewesen.“

Gleichzeitig erinnerte er an die „großartige Hilfsbereitschaft“ und die vielen, vielen Menschen im Land, die helfen wollten und geholfen haben, und an die Problemlösungskompetenzen der Städte auch bei dieser Herausforderung: „Wir haben in den Städten einmal mehr gezeigt: Wenn es darauf ankommt, dann können wir, dann machen wir (...) Die Städte sind die Problemlöser vor Ort“, so Clausen dazu.

Clausen forderte Bund und Land auf, bei Gesetzgebungsverfahren weniger in einer Blase zu agieren und stattdessen mehr „die Kompetenz der Städte abzufragen“. Als ein Beispiel, wo das zuletzt seiner Ansicht nach wünschenswert und hilfreich gewesen wäre, sei die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Diese hätte man „gut gemeint“ aber „schlecht gemacht“, bedauerte er. Mit Blick auf künftige Gesetze appelliert er an Land und Bund: „Ihr braucht die Städte, bindet uns früher ein. Dieses Angebot gilt auch weiterhin.“

Mit Blick auf die Herausforderungen der kommenden Jahre, nannte Clausen es unabdingbar, die Krisenfestigkeit der Politik von Bund, Land und Kommunen zu verstärken, Wandlungsprozesse zu gestalten und Zusammenhalt in der Gesellschaft zu sichern. „Die Krisen sind nicht vorbei. Manche Krisenerscheinung wird zum Dauerzustand. Corona wird nicht verschwinden. Wir müssen lernen, damit zu leben. Kriegsbedingte Zuwanderung nach Deutschland wird nicht enden. (...) Und die Extremwetterlagen werden uns öfter treffen“, so der Oberbürgermeister.

Um künftigen Krisen und großen Transformationsprozessen gewachsen zu sein, müssten auch städtische Angebote und die Organisation „Stadt“ krisenfest aufgestellt werden. Die Städte bräuchten „Beinfreiheit und Handlungsfähigkeit.“ Beinfreiheit

benannte Clausen als eine möglichst weit gefasste und dezentrale Regelungshoheit in den Städten, statt einer „mitunter zentralistischen Regelungswut mancher Fachministerien“. Die nötige Handlungsfähigkeit wiederum sei nur mit einer auskömmlichen Grundfinanzierung der Städte durch das Land möglich.

Der scheidende Vorsitzende erinnerte in dem Zusammenhang daran, dass kaum eine Großstadt in NRW einen originär ausgeglichenen Haushalt habe. Vielmehr ächzten die NRW Städte unter der Hälfte der kommunalen Kassenkredite in Deutschland, so Clausen: „Unsere Handlungsfähigkeit wurde in den letzten Jahren nur scheinbar erreicht. Kreditierte Schlüsselzuweisungen oder Corona-Haushaltsisolierungen sind aber keine nachhaltigen Lösungen. Das holt uns ein und wenn die Zinsen erst mal wieder steigen, werden die Städte reihenweise in die Haushaltssicherung zurückfallen.“ Sein Appell an das Land lautete deshalb:

Die Städte sind die Problemlöser vor Ort

Pit Clausen
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld

„Wir brauchen eine Altschuldenlösung, die echte Übernahme der Corona-Lasten und den Abschied von kreditierten Alibihilfen. Ich wünsche mir, dass das im Koalitionsvertrag steht, der gerade in Düsseldorf verhandelt wird.“

Die Städte in NRW wollten in gute Infrastruktur und den digitalen Wandel investieren, wollten für die Klimaanpassung und für mehr Cybersicherheit arbeiten. Sie böten ihre „kommunale Power“ an und hätten viel Erfahrung und Kompetenz vor Ort, betonte Clausen und forderte die Landesregierung auf, diese Kräfte stärker zu nutzen: „Liebe Landesregierung: bitte entfessele uns! Das schafft mehr Problemlösung als hundert neue Projekte.“

Mehr Unterstützung für die Städte und mehr Engagement des Landes müsse es künftig auch beim digitalen Lernen geben. Hier sieht Clausen andere Länder auf der Überholspur. Während bei uns nach zwei Jahren Pandemie digitale Lernräume noch immer nicht richtig funktionierten, lernten viele Kinder aus der Ukraine mit Lehrerinnen und Lehrern aus ihrer Heimat. „Die Ukraine schafft im Krieg, was wir im Frieden nicht schaffen.“ Da müsse man hierzulande schneller werden. Moderne Bildung dürfe nicht an den Fragen scheitern, wer den Support, die Betriebskosten oder die Ersatzbeschaffungen für die Tablets in den Schulen bezahle.

Außerdem sprach Clausen das Thema Zusammenhalt an. Er beklagte, die vergangenen Jahre, Monate, Wochen hätten in unserer Gesellschaft das Fundament des Miteinanders ins Wanken gebracht. Menschen seien frustriert, desorientiert, vor allem aber erschöpft und leider oft sehr wütend. Neben Beteiligung, Teilhabe und nötigem Streit in der Sache wünschte er sich ein besseres Miteinander, Respekt, Toleranz und Wertschätzung. Diese Werte



Rede von Oberbürgermeister Pit Clausen als scheidender Vorsitzender des Städtetages NRW (Foto: Moritz Leick/Stadt Essen)

**„Wir brauchen eine
Altschuldenlösung, die
echte Übernahme der
Corona-Lasten und den
Abschied von kreditierten
Alibihilfen.“**

Pit Clausen
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld

und dieser Zusammenhalt sei für unsere Demokratie ebenso wie für die Mehrheit der Menschen elementar und für ein friedliches Miteinander in den Städten unabdingbar.

Als scheidender Vorsitzender dankte Clausen der Geschäftsstelle des Städtetages NRW und den Kolleginnen und Kollegen im Vorstand und lobte diesen schmunzelnd als „die beste Selbsthilfegruppe für OBs“.

www.staedtetag-nrw.de/mv22-rede-clausen

Neue Spitze des Städtetages NRW gewählt

Die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW hat eine neue ehrenamtliche Verbandsspitze gewählt. Der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Thomas Kufen, ist neuer Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen. Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Bochumer Oberbürgermeister Thomas Eiskirch gewählt.

Thomas Kufen (CDU) steht seit 2015 an der Spitze der Stadt Essen und war seit Dezember 2020 stellvertretender Vorsitzender des Städtetages NRW. Er gehört dem Vorstand des Städtetages NRW seit 2015 an. Außerdem engagiert er sich seit sieben Jahren im Präsidium des Deutschen Städtetages.

Thomas Eiskirch (SPD) ist seit 2015 Oberbürgermeister der Stadt Bochum und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städtetages NRW. Seit 2018 ist er Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Der bisherige Vorsitzende des Städtetages NRW, Pit Clausen, bleibt als Bielefelder Oberbürgermeister Mitglied des Städtetags-Vorstands. Er war seit 2014 insgesamt vier Jahre Vorsitzender und weitere vier Jahre stellvertretender Vorsitzender des Verbandes. Er ist außerdem seit 2021 einer der Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages.

Eine Liste der Vorstandsmitglieder des Städtetages Nordrhein-Westfalen finden Sie unter: www.staedtetag-nrw.de/wir/vorstand/mitglieder



(v.l.n.r. hintere Reihe) Oberbürgermeister Marc Buchholz, Mülheim an der Ruhr; Oberbürgermeister Marc Herter, Hamm; Bürgermeister Lars König, Witten; Oberbürgermeister Tim Kurzbach, Solingen; Bürgermeister Christian Küsters, Nettetal; Bürgermeisterin Christina Osei, Bielefeld; Bürgermeister Christian Pakusch, Willich; Bürgermeisterin Hilde Scheidt, Aachen; Oberbürgermeisterin Karin Welge, Gelsenkirchen; Oberbürgermeister Thomas Westphal, Dortmund; (vordere Reihe) Vorsitzender des Städtetages NRW Oberbürgermeister Thomas Kufen, Essen; Stellvertretender Vorsitzender des Städtetages NRW Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Bochum. (Foto: Moritz Leick/Stadt Essen)

Pressekonferenz mit Erwartungen an das Land

Die Erwartungen der Städte an die neue Landesregierung standen im Mittelpunkt der Pressekonferenz zur Mitgliederversammlung im Festsaal der Philharmonie Essen, bei der Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen erstmals als neu gewählter Vorsitzender und der Bochumer Oberbürgermeister Thomas Eiskirch erstmals als neu gewählter stellvertretender Vorsitzender die Positionen des Verbandes vertraten.

Die Städte in NRW wollen in der neuen Wahlperiode des Landtages die Zukunft des Landes aktiv mitgestalten und dazu beitragen, die aktuellen Krisen zu meistern. Sie drängen gegenüber Bund und Land bei Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Verkehrs- und Energiewende auf mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort, um Neues zu erproben. Sie fordern das Land auf, die Städte finanziell besser auszustatten, damit sie mehr investieren können. Und sie wollen, dass das Land das Altschuldenproblem endlich an-

packt und einen erheblichen Landesbeitrag dafür fest im Koalitionsvertrag verankert. Das machte der neu gewählte Vorsitzende des Städtetages NRW, der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen, deutlich.

Die Zukunft werde in den Städten gemacht, betonte Kufen: „Und unsere Vision, die Städte lebenswert, klimagerecht und sozial zu gestalten, gewinnt kraftvoll an Fahrt, steht aber zugleich unter großem Druck. Die Folgen des Ukraine-Krieges, offene Energiefragen, steigende Kosten und Lieferengpässe verunsichern und werfen Planungen über den Haufen. Aber auch in der Krise wollen die Städte gestalten. Am besten können wir gestalten, wenn wir ausprobieren können – wo wird wie gebaut, woher kommt die grüne Wärme für das Wohnzimmer, wie schnell darf man in der Stadt fahren. Bund und Land müssen den Städten erlauben, neue Wege zu gehen. Was vor Ort umgesetzt werden kann, können die Städte am besten selbst entscheiden. Das gilt auch für neue Ideen im Klimaschutz, die digitale Stadt von Morgen, ein neues Gesicht der Innenstädte.“ Dafür

Bund und Land müssen den Städten erlauben, neue Wege zu gehen. Was vor Ort umgesetzt werden kann, können die Städte am besten selbst entscheiden.

Thomas Kufen
Oberbürgermeister
der Stadt Essen

müsse die neue Landesregierung den Städten mehr Beinfreiheit geben, auf Augenhöhe mit ihnen zusammenarbeiten und sie finanziell besser ausstatten.

Landesregierung muss Altschuldenfrage lösen und Investitionen ermöglichen

Die Städte in NRW könnten aber nur gestalten, wenn sie finanziellen Rückhalt hätten, machte Kufen deutlich: „Die Altschuldenfrage muss endlich gelöst werden. Es geht um 21 Milliarden Euro für NRW. Hier muss die zukünftige Landesregierung erhebliche eigene Mittel einsetzen. Das gehört aus Sicht der Städte unbedingt in den Koalitionsvertrag.“ Das Zeitfenster sei denkbar knapp, die Zinsen steigen und damit auch das Risiko für die kommunalen Haushalte.

Die Städte müssen investieren können, um lebenswert und modern zu sein. „Investieren in Klimaschutz, Energiewende, Digitalisierung, nachhaltige Mobilität und grüne Oasen – kurz ein lebenswertes Zuhause. Das klappt nur, wenn das finanzielle Fundament stimmt. Wir haben zu lange von der Substanz gelebt. Mindestens 30 Milliarden Euro beträgt der Nachholbedarf an Investitionen in den NRW-Städten.“ Konkret forderte Kufen, den Verbundsatz zu erhöhen – also den Anteil, den das Land von seinem Steueraufkommen in den kommunalen Finanzausgleich einbringt. Dabei müssten die besonderen Belastungen der Städte für Daseinsvorsorge und soziale Hilfen besser berücksichtigt werden.

Neues Kinderbildungsgesetz nötig

Der neu gewählte stellvertretende Vorsitzende, der Bochumer Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, forderte die neue Landesregierung auf, das Kinderbildungsgesetz (Kibiz) dringend zu modernisieren. „Gute Bildung beginnt mit dem Start bei den Jüngsten. Hier brauchen wir Chancengerechtigkeit von Anfang an, egal in welcher Stadt die Familien wohnen. Der Bildungsauftrag für die Kitas ist enorm gewachsen und gesellschaftlich gewollt. Deshalb muss das Land auch größere Verantwortung übernehmen und seinen Finanzierungsanteil anheben.“

Die pädagogischen Fachkräfte müssen ihre Zeit den Kindern widmen können und von anderen Aufgaben entlastet werden. Dafür sollten Verwaltungs- und Betreuungshelferinnen und -helfer vom Land refinanziert werden.“ Eiskirch nannte als Anforderungen an ein neues Kinderbildungsgesetz: den Landesanteil bei der Kindertagesbetreuung erhöhen und die Trägeranteile für Kindergärten abschaffen, Inklusion als gelebte Praxis etablieren, Investitions- und Mietförderung des Landes für Kitas anpassen, Fachkräfteoﬀensive, um den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sicherzustellen und Kinder gut fördern zu können.

Klimaschutz umsetzen – „Städte als lokale Weltverbesserer“

Klimaschutz und was dafür nötig sei, fordere die Gesellschaft und die Städte heraus, machte der Geschäftsführer des Städtetages NRW, Helmut Dedy, deutlich. Manches werde auch schmerzhaft sein. Planungen beschleunigen sage sich leicht, aber alle – Städte, Naturschutz und Landwirtschaft – werden sich bewegen müssen, genau wie Bund und Land. „Der Bund kann nur den Rahmen des Bildes gestalten. Das Bild selbst zu malen, das ist Aufgabe des Landes und vor allem der Städte. Städte können Wandel. Wir haben es in der Hand. Vieles können nur wir vor Ort verwirklichen. Lassen Sie uns lokale Weltverbesserer sein.“

www.staedtetag-nrw/mv22-pressekonzferenz



(v.l.n.r.) Verena Göppert, Ständige Stellvertreterin des Geschäftsführers des Städtetages NRW; Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Stellvertretender Vorsitzender des Städtetages NRW; Oberbürgermeister Thomas Kufen, Vorsitzender des Städtetages NRW; Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW; Daniela Schönwälder, Pressesprecherin des Städtetages NRW (Foto: Moritz Leick/Stadt Essen)

Rede des Geschäftsführers

Der notwendige Schutz des Klimas und die Frage, wie stark Gesellschaft und Städte dadurch gefordert sind, standen im Mittelpunkt der Rede des Geschäftsführers des Städtetages NRW, Helmut Dedy. Klimaschutz werde zentrales Thema der kommenden Legislaturperiode in NRW werden, prognostizierte er, und er werde sich „durch alle Politikfelder hindurchziehen“, weil sich so vieles dafür ändern müsse. Als Beispiele nannte Dedy erneuerbare Energien, den anderen „Umgang mit Wasser, Wärme ohne Öl und Gas, Schutz von Natur und Landschaft, eine echte Verkehrswende.

Während der Bund den Rahmen für den Klimaschutz gestalte, sei es am Land, vor allem aber an den Städten, die konkrete Umsetzung hinzubekommen. „Das ist ihr Job“, so Dedy wörtlich. Dafür müssten Finanzmittel organisiert werden. Doch auch andere Haltungen seien nötig, so Dedy und: „manche Veränderung wird schmerzhaft sein.“

Klimapolitisch habe seine Generation der Babyboomer ein schlechtes Erbe hinterlassen. Jetzt seien ein neues Nachdenken und Veränderungen nötig. Dafür gelte es wichtige Fragen zu klären: „Geht Klimaschutz ohne Verzicht? (...) Geht das zusammen, unser gesellschaftliches Verständnis von Freiheit und wirksamer Klimaschutz? Wieviel Regulierung brauchen wir, wieviel wollen wir?“

Das Entlastungspaket des Bundes mit Steuerentlastung, 9-Euro-Ticket, Kindergeld, günstigere Spritpreise bewertet er als Beitrag „zum gesellschaftlichen Frieden“ Trotzdem bleibe bei ihm ein schales Gefühl, „weil der Staat perspektivisch nicht alle Lasten ausgleichen könne“.

Dedy verwies darauf, dass sich mit dem grundlegenden Wandel von Gesellschaften stets auch der Blick auf die Städte grundlegend verändert habe. Er verwies auf das aktuelle Leitbild, vor zwei Jahren mit der Neuen Leipzig Charta fest gelegt mit dem Selbstverständnis von Städten als ein Ge-

meinschaftswerk aller Akteure, und nannte als wichtige Kennzeichen die Gemeinwohlorientierung, die gemischten Nutzungen von grüner und blauer Infrastruktur, die Klimafreundlichkeit und das Stadtkonzept der kurzen Wege.

Klimaschutz in den Städten gelinge dann, so Dedy, wenn eigene Abläufe diese Veränderungsprozesse förderten. Städte sollten erstens den Boden bereiten für Veränderungen, zweitens politische Vorhaben neu priorisieren und drittens die Kommunikation neu ausrichten.

Als Beispiel für Schritt eins benennt Dedy Klimakonferenzen mit allen Dezernaten der Verwaltung, mit allen kommunalen Unternehmen, mit den Ausschüssen des Rates. Im zweiten Schritt rät er zu einer schnellen Überprüfung der politischen Schwerpunkte: „Wir sollten nicht dauernd von Krise sprechen. Aber der Begriff hilft uns vielleicht. (...) Es braucht einen Wendepunkt, eine neue Richtung, einen neuen Weg.“ Weil alles auf einmal nicht möglich und zu finanzieren sei, gelte es „Maßnahmen anhand ihrer Wirkungen priorisieren“, so Dedy.

Und drittens gelte es, die Kommunikation neu auszurichten. „Erklären, warum wir was tun, für Veränderungen werben, informieren. Warum brauchen wir diese Fläche für diesen Zweck, warum gibt es diese Verabredung zwischen Stadt und Umland?“ Dedy sprach sich dafür aus, auf Augenhöhe zu informieren und in den Dialog zu kommen, auch wenn Meinungen weit auseinandergingen und Debatten härter würden.

Die Städte haben es nach Einschätzung Dedys selbst in der Hand, „können den Boden bereiten für Veränderungen, können Ziele setzen und die Menschen in den Städten mitnehmen. Mitnehmen auf den Weg in die Stadt der kurzen Wege. Nicht alles schaffen Sie in den Städten allein, auch Bund und Land müssen was tun. Aber viele Themen lassen sich nur in den Städten umsetzen.“

www.staedtetag-nrw/mv22-rede-dedy



Foto: Moritz Leick/Stadt Essen

Nicht alles schaffen Sie in den Städten allein, auch Bund und Land müssen was tun.

Helmut Dedy
Geschäftsführer Städtetag NRW

Vormittag/Foren

Der Vormittag der Mitgliederversammlung begann mit Impulsvorträgen und Diskussionen in insgesamt vier Foren. Im Forum A mit dem Titel: „Investitionslücke klug schließen – Städte jetzt für die Zukunft gestalten!“ ging es um die Frage, wie die NRW-Städte finanziell zu einer angemessenen Ausstattung und zu mehr Befreiheit kommen können. Angesichts der Zukunftsaufgaben Klimaschutz, Digitalisierung, Resilienz und Nachhaltigkeit und mit Blick auf den Nachholbedarf bei öffentlicher Infrastruktur müsse ein Aufholprozess gelingen.

<https://www.staedtetag-nrw.de/videos>



Teilnehmende an Forum A (Fotos: Mike Henning)



Forum A mit (v.l.n.r.) Wuppertals Oberbürgermeister Prof. Dr. Uwe Scheidewind; Dr. Katja Rietzler, Hans-Böckler-Stiftung; Siegens Bürgermeister Steffen Mues, Tom Hegemann, Moderator





Forum B mit (v.l.n.r.) Prof. Dr. Isabell van Ackeren, Universität Duisburg-Essen; Solingens Oberbürgermeister Tim Kurzbach; Mughtar Al Ghusain, Beigeordneter für Jugend, Bildung, Kultur der Stadt Essen; Barbara Pampe, Vorstandin der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft

Forum B behandelte das Thema „Resilient und zukunftsfest im Zeitalter multipler Krisen – Was macht Schulen zu Gewinnerschulen. Dabei ging es um die nötigen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Bildung in den Städten. Diskutiert und erörtert wurde vor dem Hintergrund von pädagogischem Fachkräftemangel, neuen Anforderungen an Gebäudeausstattung und Digitalisierung, sozialen Problemlagen und Armutsrissen und den Auswirkungen von Corona-Pandemie, Flucht und Migration.

„Grün und blau: Städte für Klima, Städte für Menschen“ lautete der Titel von Forum C. Im Austausch und in der Debatte ging es um den besseren Schutz vor Stress für Mensch und Umwelt, um Wege zu einer verbesserten Aufenthalts- und Lebensqualität in den Städten sowie um die Ansätze einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung für mehr Lebensqualität, persönliches Wohlbefinden und nachhaltiges und klimafreundliches Agieren.



Forum C mit (v.l.n.r.) Kristin Lazarova, Urbane Liga Alumninetzwerk; Krefelds Oberbürgermeister Frank Meyer; Andrea Oster, Moderatorin WDR5; Aachens Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen; Prof. Dr. Mazda Adli, Stressforscher und Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie (Fotos: Mike Henning)



Forum D mit den Teilnehmenden (v.l.n.r.) Ministerialdirigentin Dr. Daniela Lesmeister, Leiterin der Polizeiabteilung im NRW-Innenministerium, Aachens Oberbürgermeisterin Katja Dörner; Wolfgang Meyer, WDR-Radiomoderator; Recklingshausens Oberbürgermeister Christoph Tesche (Fotos: Mike Henning)

In Forum D unter der Überschrift „Zunehmende Spaltung: Wie finden wir neue Wege zu einem neuen Miteinander?“ widmeten sich die Teilnehmenden der Frage, wie ein konstruktives und gestaltendes gesellschaftliches Miteinander gestärkt werden kann. Dabei ging es auch um Wege gegen den wachsenden Hass- und die Gewalt aus populistischen Strömungen heraus und gegen immer schärfere Polarisierungen.





Nachmittag/Gesprächsrunde

„Zeitenwende – wie Krisen unsere Gesellschaft verändern“ lautete das Motto einer Gesprächsrunde im Anschluss an die Begrüßung, Wahlen und Reden. Wie prägen aktuelle Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder der Klimawandel das Leben der Menschen, die Städte und das politische Handeln? Wie lassen sich die unsicheren Zeiten gestalten? Was muss neu justiert, verändert und angepasst werden?

Moderiert von der TV-Journalistin Susanne Wieseler beteiligten sich an der Gesprächsrunde Diana Kinnert (Publizistin), Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte (Politikwissenschaftler), Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen und Ye-One Rhie (Bundestagsabgeordnete).

www.staedtetag-nrw.de/mv22-podiumsdiskussion



TV-Journalistin Susanne Wieseler

Exkursionen und Willkommensabend der Stadt Essen

Schon am Vortag der Mitgliederversammlung hatte die Stadt Essen mit 14 Exkursionen besondere Stadtentwicklungs- und Stadtmarketing-Projekte und alte und neue Quartiere und Bildungsbauten vorgestellt, außerdem historische Orte wie die alte Synagoge, Dom und Rathaus, das Haus der Geschichte, die Zeche Zollverein oder das Folkwang-Museum.

Am Vorabend hatte die kommunale Familie außerdem die Möglichkeit, bei einem Willkommensabend der Stadt in der Philharmonie ein persönliches Wiedersehen nach Corona zu genießen und sich auszutauschen.

www.staedtetag-nrw.de/mv22-erster-tag

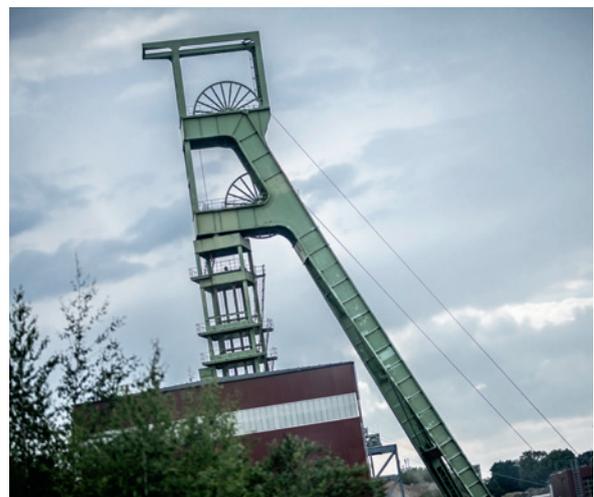
Die komplette Dokumentation der Mitgliederversammlung 2022 finden Sie online unter www.staedtetag-nrw.de/mv22



Exkursion ins Essener Stadtgebiet (Fotos: Mike Henning)



Willkommensabend in der Philharmonie





Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder,
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Juni/Juli 2022